



resos.ch
resos.ch

Religiös-Sozialistische Vereinigung
der Deutschschweiz

Bulletin

Herbst 2017

Oktober, November, Dezember

Editorial

Ehrliche Arbeit soll ehrlich und recht bezahlt sein. Jede, die arbeitet, soll vom Lohn den sie verdient gut leben können. Wer aus einem nicht selber verschuldeten Grund wie etwa Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Gebrechlichkeit nicht arbeiten kann, hat Anrecht auf Unterstützung.

Wer nicht arbeitet, wer spekuliert und wettet, wer abzockt, hinterzieht, mauschelt, und wer es sich auf Kosten anderer gut gehen lässt, ist unsolidarisch, gierig und ein Schmarotzer.

Kernige und mehrheitsfähige Sätze, die von links bis rechts akzeptiert sind. Sätze die tief in der Seele eines werktätigen Volkes verankert sind.

In der Zeitung lese ich, dass die Finanzgesuche zur Wiedergutmachung für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen beim Bund nur sehr spärlich eintreffen.

Menschen in fürsorgerischen Zwangsmassnahmen wurde früh eingebläut, dass nichts gratis und dass ein «Schlufi» ist, wer seine Hand hohl macht, wo er nichts geleistet hat. Viele von ihnen sind zerbrochen und zugrunde gegangen. Manche haben den Weg zurück in unsere Gesellschaft gefunden. Sie leben heute trotz ihren Erinnerungen eine Art Normalität. Viele tragen keine sichtbaren Spuren dessen, was sie erlitten.

Ich frage mich, wie diese Menschen das Geld, das ihnen fraglos zusteht, abholen sollen. Sie müssen sich dafür erneut als Opfer bezeichnen, in unserer Gesell-

schaft, die so kernig für Leistung und Verdienst einsteht. «Opfer sein» ist aber kein Verdienst. Wer sich zum «Opfer sein» bekennt, um Geld zu beziehen, muss sich nochmals unterwerfen, nochmals kriechen und macht sich erneut krumm und verdächtig. Verdächtig vielleicht ja gerade auch vor sich selbst und vor anderen Opfern, die ja möglicherweise noch schlimmer gelitten hatten und auch nicht gleich ...

Das Geld ist ein wichtiges Zeichen. Wiedergutmachung ist aber weit mehr als eine Entschädigung aus der Bundeskasse. Lasst uns aufmerksam und wachsam sein, jetzt, in der Gegenwart und für die Zukunft!

Johannes Bardill

Impressum:

Redaktion «Bulletin»:

Beiträge einsenden bis 15. März, 15. Juni,
15. September, 10. Dezember

Johannes Bardill
Alte Landstrasse 23
8810 Horgen
Tel./Fax: 043 244 05 26
jobardill@bluewin.ch

Versand und Adressänderungen:

Beilagen für Versand abgeben bis: 20. März,
20. Juni, 20. September, 15. Dezember

Hanna Götte
Hard 3
8408 Winterthur
Tel./Fax: 052 222 82 46
hanna.goette@bluewin.ch

Adventsveranstaltung im Gartenhof

**Im Gespräch mit dem
Zürcher SP-Regierungsrat
Mario Fehr**



ben des Staates und somit seiner Direktion. Wenige Themen werden so kontrovers diskutiert wie die Sozial- und Ausländerpolitik. Dass es gilt, dem Gesetz Nachachtung verschaffen, ist eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit. Dort, wo das Gesetz einen Spielraum und Entwicklungsmöglichkeiten offen lässt, ist die Fairness der Massstab. Und zwar immer die Fairness für beide Seiten: Fairness für Sozialhilfeempfänger wie für Steuerzahlende, welche die Sozialhilfe letztlich finanzieren. Fairness auch für Asylsuchende wie für unsere Bevölkerung, welche die Asylsuchenden aufnimmt.

Neben dem Bericht aus seinem Alltag interessiert uns besonders die Frage, wie Mario Fehr mit seiner Rolle als Realpolitiker in der SP im Richtungsstreit

«Kein Raum in der Herberge» Lukas 2,7

Mario Fehr sitzt seit 2011 im Regierungsrat des Kantons Zürich und ist – als Vorsteher der Sicherheitsdirektion – verantwortlich für unsere Sicherheit. Wie der Name bereits darauf hinweist, gehört Sicherheit zu schaffen zu den zentralen und klassischen Aufga-

umgeht, wie er sich z.B. an seiner Asylpolitik entzündet. Davor waren es Burkaverbot, Staatstrojaner oder Hooligankonkordat. Wie geht er mit diesen Vorwürfen - vorwiegend vom linken Spektrum (asylfreundliche SP) und kirchlichen Kreisen (besonders in der Asylpolitik) um? Beide kritisieren seine Politik als hartherzig, währenddem er die bürgerlichen Politiker und die Mehrheit des Volkes hinter sich weiss.

Der Vorstand der Religiös-Sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz möchte im Rahmen der diesjährigen Adventsveranstaltung Regierungsrat Mario Fehr eine Plattform bieten, um sich mit uns über seine Standpunkte, oder eben vielleicht auch über seine Zwiespälte - auszutauschen. Wie verhält es sich z. Bsp. mit dem konsequenten Vorgehen gegenüber abgewiesenen Asylbewerbern und seinem Durchgreifen gegen die umstrittene Koran-Verteilaktion «Lies!»?

Wir begegnen Regierungsrat Mario Fehr am Samstag, 2. Dezember, zwischen 15.00 und 17.00 Uhr im Ragaz-Haus an der Gartenhofstrasse 7 in der Nähe des Bahnhofs Wiedikon in Zürich.

*Für den Vorstand,
Hans Walder*

Inhalt:

Editorial
1

Im Gespräch mit Regierungsrat Mario Fehr
2

Roma als Minderheit anerkennen
3-4

IG Sozialhilfe
4-5

«Zwangsmassnahmen»
6

Bücher zum Thema
7

Ausstellung Sahraouis
8

«Kehrseite» Teil 2
8-10

Abschied
10

Zuschrift
11

Wann, wo, wer, was?
12-13

aus dem Vorarlberg
13-14

Berichte

Schweizerische Roma als nationale Minderheit anerkennen!

Präsentation und Diskussion im Romero-Haus in Luzern am 17. Juni 2017

An der gemeinsamen Jahrestagung der Freunde der Neuen Wege, der Religiösen Sozialisten der Deutschschweiz und der Theologischen Bewegung für Befreiung und Solidarität waren Kemal Sadulov, Präsident des Vereins Romano Dialog, und Thomas Huonker, Historiker, beide aus Zürich, eingeladen, um über die aktuelle Lage und die Geschichte der schweizerischen Roma zu referieren.

Kemal Sadulov schilderte den Stand im Prozess der Anerkennung der Jenischen, Sinti und Roma in der Schweiz. 1998 wurden «Die Fahrenden» im Rahmen des europäischen Minderheitenschutzabkommens als nationale Minderheit in der Schweiz bezeichnet. Schon 1997 war die jenische Sprache, in Parallele zum Jiddischen, als nicht-territoriale Minderheitensprache in der Schweiz anerkannt worden. Am 15. September 2016 hat Bundesrat Alain Berset an der Feckerchilbi in Bern ausgesprochen, was schon vorher gelegentlich verlautbart worden war, nämlich dass der Bund unter «Fahrende» eigentlich die schweizerischen Jenischen und auch die schweizerischen Sinti meint, und dass deren Anerkennung als nationale Minderheit auch die sesshaften Angehörigen dieser Gruppen umfasst.

Die Roma, weder die fahrenden noch die sesshaften, gehören aber nach der gegenwärtigen Interpretation der Bundesbehörden nicht zu den als nationale Minderheiten anerkannten Gruppen in der Schweiz. Dies obwohl die Roma-Organisationen am 7. April 2015 einen offiziellen Antrag um Anerkennung als na-

tionale Minderheit bei der Direktion für Völkerrecht eingereicht haben.

Dabei ist erwiesen, wie Thomas Huonker auch in einem diesbezüglichen historischen Gutachten belegte, dass Roma seit 1418 in der Schweiz lebten oder zu leben versuchten. Allerdings unterlagen sie von 1471 bis 1972 einer eliminatorischen Verfolgungs- und Ausweisungspolitik, die zahlreiche Todesopfer forderte, zuletzt wegen Ausschaffungen in den Herrschaftsbereich der Nazis im zweiten Weltkrieg. Von 1471 bis 1798 wurden sie als «Zigeuner» verhaftet, des Landes verwiesen und bei Wiederbetreten eidgenössischen Gebiets hingerichtet. Nur im 19. Jahrhundert, vor allem zwischen 1848 und 1887, war der Aufenthalt der «Zigeuner», soweit sie gültige Papiere hatten und nicht staatenlos waren, in der Schweiz

legal. Ab 1888 wurde die Grenzsperrung gegen alle «Zigeuner» wieder eingeführt und bis 1972 aufrechterhalten. Ab 1911 betrieb die Schweiz ein «Zigeunerregister»: Allen Roma, Sinti und ausländischen Jenischen, die in die Schweiz einreisten, wurden die Fingerabdrücke genommen und sie wurden fotografiert. Die Schweiz kooperierte dabei mit der so genannten «Zigeunerzentrale» der deutschen Polizeinstanzen, auch während der NS-Zeit. Während des zweiten Weltkriegs wurden nur einige wenige Sinti-Familien in der Schweiz toleriert, deren

Ausschaffung sich in den 1930er Jahren als unmöglich erwiesen hatte. Vor dem Holocaust in die Schweiz fliehende Jenische, Sinti und Roma wurden, wenn sie als solche erkannt wurden, in den Herrschaftsbereich der Nazis zurückgewiesen und somit dem Tod in den Vernichtungslagern ausgeliefert.

Dennoch leben heute schätzungsweise rund 80'000 Roma in der Schweiz. Die meisten kamen seit den 1950er Jahren als Fremdarbeiter oder als Flüchtlinge aus Ungarn, der Tschechoslowakei sowie aus

*Vor dem Holocaust
in die Schweiz fliehende
Jenische, Sinti und Roma
wurden in den
Herrschaftsbereich der
Nazis zurückgewiesen
und somit
dem Tod in den
Vernichtungslagern aus-
geliefert*

den Kriegen in Ex-Jugoslawien. Gerade wegen ihrer Nicht-Anerkennung und wegen der jahrhundertelangen Verfolgung wagten sie und wagen es auch heute die meisten nicht, sich als Angehörige ihrer Volksgruppe zu zeigen, obwohl sie in den Familien Romanes sprechen und ihre Kultur pflegen.

Dass die Jenischen und die Sinti endlich unter ihrer Selbstbezeichnung und in ihrer Gesamtheit, nicht mehr nur als «Fahrende», anerkannt sind, ist ein wichtiger Schritt. Nun sollte aber auch die Sprache Romanes - sie wird auch von den Sinti gesprochen - als schweizerische Minderheitssprache aner-

kannt werden, und ebenso müssen auch die schweizerischen Roma als nationale Minderheit anerkannt werden. Alles andere ist diskriminierend und eine Weiterführung der früheren Ausgrenzungspolitik. In den meisten anderen europäischen Ländern sind die Roma als nationale Minderheit anerkannt. Ein Status als geschützte Minderheit ist für sie umso wichtiger, als sie keinen eigenen Staat haben, in welchem sie als Mehrheit in Sicherheit leben können.

Bericht:
Thomas Huonker

Thema: Sozialpolitisches

IG Sozialhilfe

Nein zur Sozialapartheid in der Schweiz!

Seit der Gründung der IG Sozialhilfe kämpfen wir für die Verbesserung der Lebensqualität von Armutsbetroffenen und bekämpfen den Sozialabbau. Nur durch individuell einklagbare soziale Rechte, Ausbau im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen kann für Armutsbetroffene ein Leben in Würde gewährleistet werden.

Die IG Sozialhilfe gründete ich 1994, weil ich mit Entsetzen wahrnahm, wie elend Armutsbetroffene gehalten werden und dass in der Schweiz einklagbare soziale Menschenrechte für Armutsbetroffene fehlen. Die sozialen Menschenrechte der UNO-Menschenrechtserklärung sind in der Sozialhilfe nicht verwirklicht. Geld ist zwar in der Schweiz im Überfluss vorhanden, doch die Politik der ständigen Umverteilung von Arm zu Reich verschärft sich und spaltet die Gesellschaft. In der reichen Gesellschaft darf es Armut nicht geben. Darum werden Armutsbetroffene nicht wahrgenommen. Durch Diskriminierung wird ihre persönliche Würde mit Füßen getreten.

Zur strukturellen Gewalt im Sozialwesen

Die öffentliche Sozialhilfe ist von ihrer Struktur und Organisation her autoritär. Sie ist durchtränkt mit Sanktionsmöglichkeiten, die gerade per 1.1.2017 durch die Sozialdirektorenkonferenz massiv verschärft wurden. Per Vollmacht werden Persönlichkeitsrechte ausgeschaltet; wer nicht unterschreibt, bekommt keine Sozialhilfe. Über Armutsbetroffene wird stets verfügt, sie haben viele Pflichten, kaum Rechte und in keinem Organ und auf keiner Ebene ein Mitbestimmungsrecht, darum hat die Sozialhilfe totalitären Charakter.

Armutsbetroffene und Menschen mit Behinderung werden nur noch als Kostenfaktor gesehen: Sie werden so billig und effizient wie möglich verwaltet und dadurch entmenschlicht. Ihre Existenzsicherung wird in Frage gestellt und schliesslich zusammengestrichen. Der politische Trick: die Armutsgrenze fällt. Dadurch bleiben in den Statistiken seit Jahrzehnten die Zahlen immer etwa gleich, obwohl immer mehr Menschen Land auf und ab ihr Dasein in Armut fristen müssen. Armut schädigt vollumfänglich, besonders in einer reichen Gesellschaft: Der Alltag raubt die Kräfte, weil das Geld auch für alltäglich Notwendiges nicht reicht.

*Der politische Trick:
die Armutsgrenze
fällt. Dadurch bleiben
in den Statistiken
die Zahlen immer
etwa gleich*

Die Hatz ist für Kinder unerträglich, weil sie stets aus materieller Not ausgeschlossen sind, keine Kontakte mit gleichaltrigen Kinder pflegen können, da für Freizeit schlicht kein Budget besteht. Die strukturelle Gewalt, der Armutsbetroffene ständig ausgesetzt sind, zermalmte ihre Psyche - die Nacht wird zum Albtraum, denn die Angst, den nächsten Tag nicht bewältigen zu können, zerfrisst die letzten Kräfte. Sehr viele Armutsbetroffene leiden unter chronischen Krankheiten und Schmerzen.

Matrizentrische Begleitung über Jahre

Viele schwerst Drogenabhängige, die ich durch meine Berufstätigkeit auf dem Platzspitz kennen lernte, sind heute als Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen erkannt.

Gestützt auf ihre Bedürfnisse entwickelte ich die individuell angepasste Langzeitbegleitung. Für mich bedeutete sie eine persönliche Form der individuellen «Wiedergutmachung». Für einige war ich ihre persönliche Bezugsperson, mit der sie in ihrem ganzen Leben am längsten in einer verbindlichen Beziehung standen.

Die Langzeitbegleitung ist eine solidarische Unterstützung, in der Menschenrechte und etwas soziale Gerechtigkeit direkt mit und für einzelne umgesetzt werden. Es geht für mich nicht an, sozialpolitische Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen nur verbal zu verurteilen, die sozialen Missstände in der Schweiz nur mit Worten anzuprangern, sondern darum, in der Tat solidarisch die Lebensqualität konkret zu verbessern. Ziel ist, dass elementare Bedürfnisse individuell umgesetzt werden können. So z.B. das Leben in einer eigenen Wohnung, das oft nur im Rahmen von intensiver und ganzheitlicher Begleitungsarbeit möglich ist. Die nötigen Gelder dafür finanzieren wir durch private Spenden und Gesuche.

Wir begleiten armutsbetroffene Menschen, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden. Sie sind auf Grund ihrer Lebenserfahrung, durch ihre völlig andere Sozialisation, unfähig, ihren Alltag eigenständig zu bewältigen: Wer als Kind zu Hause lernte zu stehlen, um Geld zu haben, in den Beizen

zu betteln, damit es zu Essen gibt, oder im Schnee barfuss zur Schule musste, weil die Fürsorge keine Schuhe bezahlte, wer jeden Abend vor Mitternacht die stockbesoffene Mutter aus der Beiz nach Hause schleppen musste, hat sehr viele Fähigkeiten erworben. Fähigkeiten, die aber in der reichen Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft nicht gefragt sind.

Damit medizinische Behandlung überhaupt möglich ist, muss ein Patient zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein. Wer keine Termine einhalten kann, weil er kaum den Wochentag weiss, ist verloren, bleibt unbehandelt und stirbt vorzeitig.

Einfühlungsvermögen und Präsenz

Soziale Gerechtigkeit in der Praxis ist anstrengend. Psychische Zusammenbrüche und Suizidabsichten finden selten während Bürozeiten statt. Darum bedeutet

Langzeitbegleitung, immer erreichbar zu sein, damit Krisen sofort aufgefangen werden können, bevor es aus Verzweiflung zu grossem Unheil, Selbstzerstörung oder Delinquenz kommt.

Es ist ein grosser Fortschritt, wenn wir Menschen soweit befähigt haben, dass sie uns telefonieren und ihre Not verbalisieren können, bevor ein Unheil geschieht. Häufig enden solche Gespräche am Telefon damit, dass die verzweifelte Person befindet: «Jetzt habe ich Dir alles

gesagt, jetzt gehe ich halt heute nicht einbrechen» oder mit «Ich will mich jetzt nicht umbringen bis zum nächsten Gespräch». Und gut möglich, dass das Telefon zwischen 2 Uhr und 5 Uhr morgens wieder klingelt...

Als Begleitperson erfahre ich oft Co-Stigmatisierung und erlebe mit, was es bedeutet, gesellschaftlich diskriminiert zu werden. Langzeitbegleitung, die Umsetzung von Menschenrechten und Menschenwürde, bedeutet nonkonform zu sein und persönliches Engagement.

Leider haben wir keine freien Kapazitäten, um weitere Menschen in die Langzeitbetreuung aufzunehmen.

*Branka Goldstein,
Präsidentin IG Sozialhilfe*

*Es ist ein grosser
Fortschritt,
wenn wir Menschen
soweit befähigt
haben, dass sie uns
telefonieren und ihre
Not verbalisieren*

Spendenaufruf

Um unsere solidarische Unterstützungsarbeit weiterführen zu können und um so Menschenwürde zu gewährleisten, sind wir dringend auf Spenden angewiesen!

IG Sozialhilfe, Postfach, 8032 Zürich, PC 80-47672-7 IBAN: CH06 0900 0000 8004 7672 7

Unrecht und Wiedergutmachung eine Gratwanderung

Die „Wiedergutmachung für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen“ war auch im Vorstand der RESOS ein Diskussionsthema. Auf der Webseite des Bundesamtes für Justiz ist dazu Folgendes zu lesen:

«Das Unrecht, das die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 erlitten haben, soll anerkannt und wieder gutgemacht werden. Ein neues Bundesgesetz sieht eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung und einen Solidaritätsbeitrag von insgesamt 300 Millionen Franken zugunsten der Opfer vor.

Was ist bisher geschehen?

- Am 11. April 2013 entschuldigt sich Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Namen des Bundesrats für das grosse Leid, das den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen angetan wurde. Sie bezeichnet den Gedenk Anlass als Anfangspunkt einer umfassenden Aufarbeitung dieses schwierigen Kapitels der Schweizer Geschichte.
- Am 13. Juni 2013 nimmt der Runde Tisch für eine umfassende Aufarbeitung von Leid und Unrecht der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen seine Arbeit auf.
- Mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen dem Delegierten für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und der Glückskette wird am 14. April 2014 der Soforthilfefonds geschaffen.
- Am 19. Dezember 2014 reicht ein überparteiliches Komitee die Wiedergutmachungsinitiative bei der Bundeskanzlei ein.

- Am 14. Januar 2015 entscheidet der Bundesrat, der Wiedergutmachungsinitiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen.
- Am 30. September 2016 verabschiedet das Parlament den indirekten Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative.
- Am 10. Oktober 2016 informiert das Initiativkomitee die Bundeskanzlei, dass es die Wiedergutmachungsinitiative bedingt zurückgezogen hat (Erklärung).
- Am 26. Januar 2017 läuft die Referendumsfrist unbenutzt ab. Das Gesetz kann damit am 1. April 2017 in Kraft treten.
- Am 15. Februar 2017 verabschiedet der Bundesrat die Verordnung zum Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981.
- Bis am 4. Juli 2017 sind beim Bundesamt für Justiz 2536 Gesuche um Solidaritätsbeiträge für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen eingegangen.»

Was die Aufarbeitung dieses grossen geschehenen Unrechts aus der jüngsten Vergangenheit unseres Landes für die Gegenwart und die Zukunft bedeutet, möchten wir im Gartenhof diskutieren. Unsere Gesprächspartnerin ist Ursula Biondi. Sie war selbst Opfer einer „administrativen Versorgung“. Ihre Lebensgeschichte hat sie in einem Buch herausgegeben.

Wir danken Ursula Biondi für Ihre Bereitschaft, zu uns zu kommen und wir freuen uns auf den Nachmittag am 3. Februar 2018 im Gartenhof.

Für den Vorstand
Johannes Bardill

Bücher zum Thema

«Geboren in Zürich» Ursula Biondi

«Geboren in Zürich» ist die Lebensgeschichte einer in Zürich als Italienerin der 4. Generation aufgewachsenen jungen Frau.



Ursula verlebt eine glückliche frühe Jugendzeit, aber durch die erste Liebe einerseits und das Einbürgerungsverfahren andererseits gerät ihr Leben nach und nach in völlige Unordnung. Sie reisst von zu Hause aus und flüchtet mit einem Freund nach Italien. Dort wird sie aufgegriffen und in die Schweiz zurückgeschickt, wo man sie – ohne dass sie einen Gesetzesbruch begangen hätte – in die Frauenstrafanstalt Hindel-

bank einliefert. Mit 17½ Jahren bringt sie hier ihren Sohn zur Welt. Aus der Haftanstalt entlassen, nimmt sie mit grosser Entschlossenheit und durchschlagendem Erfolg ihr Leben selber in die Hand. – Die dramatischen Geschehnisse spielen in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

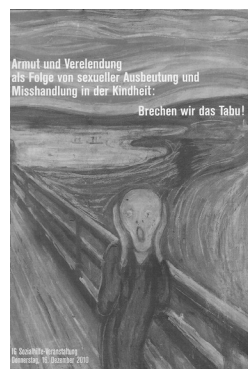
Ursula Biondi erzählt ihre Erlebnisse so engagiert und plastisch, dass sie dem Leser «unter die Haut gehen». Es wird glaubhaft, dass ihr Leben anders verlaufen wäre, wenn sie damals statt des Namens «Biondi» einen Schweizer Namen getragen hätte, wie z. B. einer ihrer alteingesessenen Schweizer Vorfahren mütterlicherseits «Hasler», und väterlicherseits «Widmer» oder «Keller».

Ursula Biondi fasst ihr Buch als Zeugnis des damaligen «Zeitgeistes» auf: Es gibt Einblick in das Einbürgerungsverfahren, wie es in aller Härte zur Anwendung gelangte, und schildert die verhängnisvollen Wirkungen, die inzwischen längst abgeschaffte Gesetze und Bestimmungen wie Konkubinatsverbot und Eheverbot auf Ursula Biondis Leben ausgeübt haben.

*Aus der Webseite von
Ursula Biondi*

Armut als Folge von sexueller Ausbeutung!

Dokumentation der Winterveranstaltung 2010 der IG Sozialhilfe. Mit sämtlichen Referaten, Dokumentationen im Anhang von der Arbeit der IG Sozialhilfe zu diesem Thema und der DVD vom Theater, Verdammt zu leben, von Branka Goldstein, gespielt von den Schauspielern Christoph Heusser und Christa Petracchi.



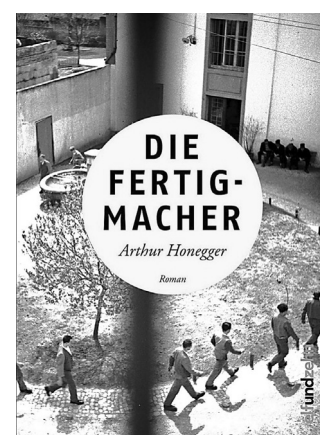
Zu bestellen bei:
IG Sozialhilfe
Postfach 1566
8032 Zürich

Preis: CHF 28.-

«Die Fertigmacher» Arthur Honegger

Arthur Honegger war der erste Schweizer Autor, der seine Stimme erhob gegen erlittenes Unrecht, gegen Inhaftierung ohne Anklage und ohne Urteil, gegen Amtswillkür, Verfolgung und Diskriminierung. Seine Verdingkind-Odyssee gehört zu den ungeheuerlichsten Zeugnissen früher schweizerischer Zwangsjustiz und ist einer der spannendsten Romane zur Schweizer Zeitgeschichte der letzten 70 Jahre.

ISBN:
978-3-905769-43-2
Herausgeber:
elfundzehn
340 Seiten



Engagement gegen das Vergessen

**«Woher kommst du?»
Die Sahraouis
40 Jahre DARS – 40 Jahre Exil
Eine Wanderausstellung des SUKS
für Jugendliche und Erwachsene.**



1975 überfiel Marokko die Westsahara und hält dieses Gebiet seither besetzt. Seit mehr als 40 Jahren warten die Sahraouis darauf, das ihr von der UNO zugestandene Selbstbestimmungsrecht ausüben zu können. Rund 160 000 Sahraouis leben unter schwierigsten Bedingungen in Flüchtlingslagern in Algerien.

Die Ausstellung stellt Geschichte und Konflikt der Westsahara von 1884 bis 2016 dar und informiert über das Leben in den Flüchtlingslagern und der besetzten Westsahara.

Sie besteht aus fünf zweiseitig und zwei einseitig bedruckten Roll-Bannern (200x85 cm breit, selbststehend) und einer 4 m langen und 0.6 m hohen Blache (Geschichte). Es können auch Teile der Ausstellung gezeigt werden.

Ein Begleitprogramm ist möglich mit Filmen, Bildervortrag und/ oder Musik.

40 Jahre sind genug!

Helfen Sie mit, diese Ausstellung in Ihrer Kirchgemeinde, in der Schule, einem Gemeinde- oder Kulturzentrum in Ihrer Gegend zu zeigen. So tragen Sie dazu bei, dass die Sahraouis von der Schweizer Öffentlichkeit wahrgenommen und nicht vergessen werden.

Weitere Informationen und Bestellung:
SUKS/ Schweizerisches Unterstützungskomitee
für die Sahraouis
Sekretariat:
Anna Kaita, 031 351 78 20; suks@arso.org

*Elisabeth Bäschlin,
Präsidentin, 031 351 36 65
www.suks.ch*

Junger Text

Im Februar dieses Jahres hat die 19 Jährige Schülerin Tonja Bardill den Kurzgeschichten-Wettbewerb an der Kantonsschule Zürich Enge gewonnen. Ihre Arbeit, eine Art Polit-Satire, möchten wir hier in zwei Folgen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

Kehrseite

Eine Kurzgeschichte von Tonja Bardill (N3c)

Was bisher geschah: Der im Tessin lebende Herr Schweizer muss eines Tages feststellen, dass sich das ganze Land immer steiler nach unten senkt. Als notwendige Sofortmassnahme beschliesst die Tessiner Bevölkerung

in einer eilends einberufenen Vollversammlung, gewissermassen als Gegengewicht geschlossen nach Basel zu reisen. Nur Herr Schweizer bleibt zurück, um die Wirkung der Aktion zu überprüfen. Und tatsächlich: Langsam neigt sich die Landschaft wieder in ihre ursprüngliche Position zurück. Im menschenleeren Chiasso begegnet Schweizer Lucia, einer charmanten Italienerin aus Como, die eine Bekannte in Chiasso besuchen wollte. Die beiden verstehen sich auf Anhieb. Sie verbringen den Nachmittag gemeinsam und verabreden sich auf einen weiteren Besuch. Nach dem Abschied auf dem Bahnhof bemerkt Schweizer, dass die Schweiz wieder steiler wird. Die Tessiner kommen aus Basel zurück.

Zu Beginn der zweiten Sonder-Krisen-Bürger-Vollversammlung wird Herr Schweizer ein weiteres Mal mit Lob und Dank überschüttet. Er wird dazu aufgefordert, vom Ausgang des Experimentes zu berichten, was er gerne tut. Herr Schweizer bestätigt die aufgestellte Theorie zur Verteilung des Gewichtes. Die Kantonsbevölkerung ist ratlos, schliesslich will niemand seine Heimat verlassen. Auch der Kantonsrat kann sich keine Lösung ersinnen und beschliesst, die wohl anhaltende gesamtschweizerische Problematik und somit auch deren Lösungsfindung an den Bund weiterzugeben.

Die Tessinerinnen und Tessiner scheinen sich bereits an das neuartige Verhalten des Geländes gewöhnt zu haben und finden sich damit ab. Auch Herr Schweizer kann sich keine Lösung erdenken, er lässt es ruhen. Das Leben in Chiasso kehrt zum Alltag zurück. Das einzige, was sich für Herrn Schweizer geändert hat, ist die regelmässige Vorfreude auf die tägliche Post. Denn immer wieder hält sie eine Postkarte aus Italien für ihn bereit.

Täglich wird die Schweiz steiler und täglich verfolgen die Schweizerinnen und Schweizer die Tagesschauen und Nachrichten in Fernsehern, Radios und Zeitungen. Es ist eine Zeit der Ungewissheit angebrochen und niemand weiss, was morgen geschehen wird. Die Tessiner Einwohner und Einwohnerinnen beginnen in ihrer Verzweiflung, Briefe nach Bern zu schicken. Darin bitten sie das Parlament darum, so schnell wie möglich eine dauerhafte Lösung zu finden. Denn die Lebensumstände seien nicht mehr haltbar, zu steil sei das Land bereits. Doch auf eine Reaktion aus Bundesbern wartet die Bevölkerung vergebens.

Herr Schweizer hat indes eine Antwort bekommen und freut sich auf ein baldiges Wiedersehen mit Lucia in Lugano. Aus der belebten Brieffreundschaft, die sie betreiben, hat sich unterdessen nämlich eine innige Verbundenheit entwickelt – fast so, als wäre Lucia schon immer bei Herrn Schweizer gewesen.

Der grosse Tag des Wiedersehens ist gekommen. Es ist ein trüber Herbsttag und Herr Schweizer ist sich nicht sicher, ob er einen Regenschirm mit sich tragen soll. Er ist etwas bedrückt wegen des Wetters. Er hätte sich einen goldenen Herbsttag gewünscht. Ach wie schön wäre das gewesen. Lucia und Herr Schweizer flanieren der Seepromenade entlang, trinken Kaffee in der schönen Altstadt und geniessen die Aussicht auf den See, die Stadt und die Berge. Doch stattdessen werden sie das Filmtheater besuchen und sich danach in einem Restaurant den Hunger stillen lassen. Aber auch dazu kann Herr Schweizer nicht nein sagen. Denn mit Lucia scheint die Sonne auch am düstersten aller Tage. Er klemmt sich also doch seinen Schirm unter den Arm und macht sich auf den steilen Weg zum Bahnhof.

*Hinter ihm fallen
Häuser, Wartekabinen,
Billetautomaten und
Strassenlampen um,
doch Herr Schweizer
kann seinen Blick nicht
von ihr abwenden.*

Unterdessen ist das Gelände so abschüssig geworden, dass sich Herr Schweizer auch als geübter Bergwanderer auf jeden Schritt konzentrieren muss, damit er nicht ausrutscht und in die Tiefe fällt. Am Bahnhof angekommen, nimmt er den Zug nach Lugano. Die Bundesbahnen sind unterdessen mit Zahnradern ausgerüstet, damit die Schweiz trotz dem Beschwernis vernetzt bleiben kann.

In Lugano muss Herr Schweizer den Zug aus Como abwarten, bis er endlich seine ersehnte Lucia in die Arme schliessen kann. Von der enormen Vorfreude abgelenkt, merkt er gar nicht, wie der Boden unter seinen Füssen gegen Süden hin noch abschüssiger wird. Die Menschen um ihn halten sich bereits an Geländern, Säulen und Pfosten fest. Der Zug fährt ein und Herr Schweizer, sich an einer Bank festklammernd, beobachtet jedes an ihm vorbeirauschende Abteil genau. Alle sind leer. Wo ist Lucia?

Erst jetzt bemerkt er, dass der Boden schon fast senkrecht steht. Hinter ihm stürzt das Bahnhofsgebäude zusammen, als er die wunderschöne Lucia aus dem Zug straucheln sieht. Er möchte zu ihr eilen, doch weiss er, dass er die Bank nicht mehr loslassen kann, ohne bald ins Leere zu fallen. Lucia trägt ein fantastisches rotes Kleid, ihr langes braunes Haar fällt locker

über die Schultern und sie versucht, irgendwie Halt auf ihren Füßen zu finden. Es gelingt ihr. Langsam und mühevoll klettert sie Herrn Schweizer entgegen. Mit jedem Schritt, den Lucia tut, neigt sich der Boden mehr. Hinter ihm fallen Häuser, Wartekabinen, Biletautomaten und Strassenlampen um, doch Herr Schweizer kann seinen Blick nicht von ihr abwenden. Da durchfährt es ihn wie ein Blitz: «Stopp!», ruft er und probiert Lucia aufzuhalten. Jeder Schritt, den Lucia macht, könnte die Schweiz zum Kippen bringen, denn der Boden steht bald schon in einem rechten Winkel zu seiner ursprünglichen Lage. Aber Lucia hört nicht auf ihn, denn alles was sie jetzt will, ist, sich in der Geborgenheit in Herrn Schweizers Armen wiederzufinden. Sie hat Angst. Es fehlt nicht mehr viel, bis sie bei ihm ist. Lucia konzentriert sich fest auf den Untergrund, findet Halt für den nächsten Schritt und verlagert ihr Gewicht auf den vorderen Fuss. Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Der Zug fällt endlich von den Schienen. Herr Schweizer und Lucia hängen machtlos an der Bank und beäugen sich ängstlich, im Ungewissen, was sie

in dieser Minute erwartet. Nicht nur der Bodensee, Zürichsee und Genfersee, sondern alle anderen Gewässer auch, haben sich längst ausgeleert und die Wassermassen fallen in die Tiefe. Das Bundeshaus in Bern hat bereits sein Fundament verloren und ist in der Tiefe verschwunden. Der Boden, schon lange über den Zenit hinaus, ist immer noch in Bewegung und wirft alles, was auf ihm Halt gefunden hat ins Leere.

Herr Schweizer und Lucia merken, wie sich auch ihre Bank langsam entwurzelt. In ihrer Hilflosigkeit entschieden sie sich, die Bank los zulassen. Im Fall versuchen die beiden, sich zu greifen – erfolglos. Die ganze Schweiz und mit ihnen Lucia und Herr Schweizer werden von der Tiefe verschluckt. Der Grund der Schweiz, nun vollkommen frei von allem Gewicht, hat sich um fast hundertachtzig Grad gedreht und schliesst den Erdschlund, der sich dabei aufgetan hat, langsam wieder.

Aber die Schweiz beschäftigte sich lieber mit einem Verhüllungsverbot und anderen wichtigen Politika.

Tonja Bardill

Abschied

Im Gedenken an Peter Spinatsch 1945- 2017

Im Juli ist Peter Spinatsch, für uns unerwartet, nach schwerer Krankheit gestorben. Er war von 2011 bis 2014 Präsident der Neuen Wege. Darüber hinaus fühlte er sich sehr verbunden auch mit

der Religiös Sozialistischen Vereinigung. Seine Präsenz an der Dreiländer-Bodenseetagung im Sommer 2013 und an der RESOS-Archiv-Einweihung im Januar 2014 war für alle eine Bereicherung. Peter Spinatsch presente!

*Für den Vorstand
Hanna Götte*

Zuschrift

Leserbrief von Ernst Egli zum Bulletin Sommer 2017

Das RESOS Sommer Bulletin zu lesen macht Freude. Zu Konrad Farner möchte ich folgendes sagen: Das sozialistische Gedankengut ist wie die erste Liebe, prägt lebenslänglich, ist unheilbar. Dieses Gedankengut steht unzweifelhaft in einer Beziehung zum Christentum. Diese Beziehung ist spannungsgeladen und rüttelt an den Grundfesten unseres menschlichen Seins. Oft wird die Frage gestellt, warum in den Reihen der SozialistInnen immer so viele Juden und Jüdinnen mitgearbeitet hätten. Umgekehrt stellt sich die Frage, warum sahen und sehen so viele, in ihrer Religion verankerte Menschen, im Sozialismus eine Gefahr?

Das läuft meiner Meinung nach auf die Glaubensfrage hinaus: Gibt es einen Gott und bietet das Christentum die wahre Antwort darauf? Die wahre Antwort sehe ich in der Quelle des Christentums, in der hebräischen Bibel, die der Schöpfer den Hebräern, den Juden und den Jüdinnen einst anvertraut hat, damit sie, gebunden an das Wort, lernen, damit sie frei leben und die Welt lehren. Daran werden wir uns dereinst messen lassen müssen.

Warum hat der real existierende Sozialismus derart scheitern müssen? Weil er sich, was aus der Geschichte heraus zu verstehen ist, dem Atheismus zugeordnet hat. Wir gedenken dieses Jahr des Jubiläums «100 Jahre Oktoberrevolution». Wir dürfen gedenken, müssten aber endlich mit Denken beginnen, denn der atheistisch geprägte Sozialismus ist etwas anderes als der religionsgeprägte Sozialismus, wie er in gewissen Teilen der Bevölkerung in Israel praktiziert wird; er ist auch anders als der chinesische Sozialismus. Der atheistische Sozialismus schuf den Vorhof zur Hölle, der religionsgeprägte Sozialismus in Israel schuf den zionistischen Staat und die Kibbuze; und der chinesische Sozialismus orientiert sich heute noch an Konfuzius. Dieser sagt, die Keimzelle einer Gesellschaft sei die Familie. «Darum ehre Vater und Mutter, denn sie haben dir das Leben geschenkt.» Wenn der chinesische Sozialist Konfuzius treu bleibt, so ist er kraftvoll und positiv, ein Hoffnungsträger.

Zu schaffen macht mir der atheistisch geprägte Sozialismus. Sozialisten und Linke in Amt und Würden

schwören bei den Vereidigungen: «So wahr mir Gott helfe!» Welchen Gott meinen sie denn? Sie halten Reden über soziale Gerechtigkeit und das Umverteilen der Güter durch Menschenhand. Das wird meiner Meinung nach nie funktionieren, denn Reiche hat es schon immer gegeben. Abraham war auch reich; aber entscheidend ist, wie jemand mit seinem Reichtum umgeht.

Reich gewordene Menschen haben meist nur die Gunst der Stunde oder der Gesetzeslücken genutzt. In den meisten Fällen taten sie nichts Unrechtes. Unser freiheitliches System schafft falsche Anreize, um Reichtum zu schaffen. Dabei werden die falschen Leute reich, solche, die diesen Reichtum falsch nutzen. Den Reichen etwas wegnehmen bewirkt stets das Gegenteil, denn steuerliches Abschöpfen lässt ihre Löhne, Gehälter und Bonis nur noch mehr explodieren, genau wie andernorts die Land- und Immobilienpreise.

Wir müssten einen neuen Entwicklungsweg vorgeben können. Dieser müsste auf demokratischer Basis mehrheitsfähig und folglich gesetzlich verankert sein. Ich habe mir dazu viele Gedanken gemacht, aber die würden jetzt den Rahmen dieses Leserbriefes sprengen.

Vielleicht meldet sich ein Leser, der Interesse hat an einem Gedankenaustausch mit mir.

*Ernst Egli,
Oberglatt*

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Wann, wo, wer, was?

Dienstag 3. Oktober Zürich	Netzwerk Frieden Ostschweiz Aufbau einer friedlichen Demokratie-Kultur Vortrag und Buchpräsentation mit Karl M. Brunner 19.00 Uhr an der Gartenhofstrasse 7
Dienstag, 10. Oktober Bregenz	ACUS Vorarlberg Stille Machtergreifung - Hofer, Strache und die Burschenschaften Vortrag und anschließende Diskussion mit Hans-Henning Scharsach 20.00 Uhr im Theater KOSMOS
Freitag, 13. Oktober Zürich	 Öffentliches Schweigen der Frauen für den Frieden 17.45-18.15 Uhr beim Fraumünster Politischer Abendgottesdienst Zürich im aki Kath. Hochschulgemeinde (Hirschengraben 86) 18.30 Uhr Die Nahrungsmittelproduktion nicht Robotern und ‚big data‘ überlassen! Angelika Hilbeck, ETH-Zürich, zeigt alarmierende Entwicklungen in der globalen Landwirtschaftspolitik auf
Dienstag, 17. Oktober Zürich	IG Sozialhilfe zum internationalen Tag gegen Armut Niedriglohnsektor und zweiter Arbeitsmarkt – Konkurrenz und extreme Ausbeutung mit Peter Streckeis, Mattia Mandaglio, Stephan Hochuli, Moderation: Natalie Benelli, IG Sozialhilfe 19.00 Uhr im Kafi Klick an der Gutstrasse 162
Montag 23. Oktober Luzern	Andreas Zumach im Gespräch mit Samira Marti und Holger Schatz Ist die Demokratie noch zu retten? 19.30 Uhr Romerohaus, Kreuzbuchstrasse 44
Mittwoch, 25. Oktober St.Gallen.	Neue Wege Lesegruppe 19.00 bis 21.00 Uhr, im westlichsten Zimmer im MIGROS-Restaurant, im HB-Hauptgebäude
Mittwoch, 8. November Bregenz	ACUS Vorarlberg NS-Euthanasie in Vorarlberg und Tirol Stationen der Opfer: Valduna Rankweil - Hall - Hartheim Referenten: Dr. Albert Lingg, Dr. Oliver Seifert 19.30 Uhr Vorarlbergmuseum
Freitag, 10. November Zürich	 Öffentliches Schweigen der Frauen für den Frieden 17.45-18.15 Uhr beim Fraumünster Politischer Abendgottesdienst Zürich im Pfarreisaal Liebfrauen (Weinbergstr. 36) 18.30 Uhr Kein Schweizer Geld für die Kriege dieser Welt mit Lewin Lempert, Sekretär der GSoA Schweiz
Dienstag 14. November	Kirche und Wirtschaft Wo sind die Stimmen der Kirchen bezüglich Konzernverantwortungs-Initiative? Jacqueline Keune, Jan Tschannen, Stephan Tschirren, Ueli Wildberger 17.15-20.45 Uhr im aki, Hirschengraben 86

Samstag 18. November
Bern

Ref. Kirche Bern Jura Solothurn und katholische Kirche Region Bern
«Ich aber sage euch...»
Ökumenische Herbsttagung zum Reformations-Jubiläum
8.30-16.16 Uhr in der Rotonda Dreifaltigkeit, Sulgeneckstr. 11/13

Samstag, 2. Dezember
Zürich



resos Gartenhofveranstaltung zum Advent
Im Gespräch mit Regierungsrat Mario Fehr
15.00 bis 17.00 Uhr im Gartenhof, Gartenhofstrasse 7

Freitag, 8. Dezember
Zürich



Öffentliches Schweigen der Frauen für den Frieden
17.45 bis 18.15 Uhr beim Fraumünster
Politischer Abendgottesdienst Zürich in der
Kirche St. Peter (St. Peterhofstatt) 18.30 Uhr
Unruhe bewahren
Gespräch mit Niklaus Scherr, langjähriger Zürcher Gemeinderat
und ehemaliger Geschäftsleiter Mieterverband Zürich

Samstag, 3. Februar 2018
Zürich

resos Gartenhofveranstaltung
**Im Gespräch mit Ursula Biondi, «Opfer von fürsorgelichen
Zwangsmassnahmen»**
15.00 bis 17.00 Uhr im Gartenhof, Gartenhofstrasse 7

Von unseren Freunden aus dem Vorarlberg

NS-Euthanasie in Vorarlberg und Tirol Stationen der Opfer: Valduna Rankweil – Hall – Hartheim Vortragsabend

Das menschenverachtende Programm der «Vernichtung lebensunwerten Lebens» stellte eine Vorstufe zum Holocaust dar.

Mit dem «Führererlass» von Oktober 1939 wurde die sogenannte «Aktion T4» in die Wege geleitet. Dieser Erlass hatte auch für die Patienten der «Gauanstalt Valduna» verheerende Folgen. In mehreren Transporten wurden insgesamt 263 Frauen und Männer nach Hartheim und Niedernhart deportiert und dort ermordet. 228 weitere Patienten wurden 1941 nach Hall transferiert; von diesen haben viele das Ende des 2. Weltkriegs nicht erlebt.

Das Erinnern an die von der NS-Euthanasie betroffenen Menschen soll dazu beitragen, dass ihr Schicksal nicht in Vergessenheit gerät.

Dr. Albert Lingg, langjähriger Primar und Chefarzt am LKH Rankweil, wird die Vorgänge in der «Gauanstalt Valduna» und den Leidensweg der Patienten in der NS-Zeit beleuchten. Der Warnung Primo Levis folgend: «Es ist geschehen – folglich kann es wieder geschehen» ist ihm auch wichtig, jene Umstände aufzuzeigen, welche diese «Vernichtung lebensunwerten Lebens» möglich machten.

Dr. Oliver Seifert, Tiroler Historiker mit einem Forschungsschwerpunkt Verfolgungsgeschichte im Nationalsozialismus, ist Leiter des Archivs des Landeskrankenhauses Hall. Er wird besonders auf die Vorgänge in der seinerzeitigen Heil- und Pflegeanstalt Hall eingehen, in die ein grosser Teil der Patientinnen und Patienten der Valduna gebracht wurde und die von 1941 bis 1945 auch für die psychiatrische Behandlung und Verwahrung von Menschen aus Vorarlberg zuständig war.

Der Vortrag ist zu hören am 8. November 2017 um 19.00 Uhr im Vorarlberg Museum in Bregenz.

ACUS

ARBEITSGEMEINSCHAFT CHRISTENTUM UND SOZIALDEMOKRATIE

Kontaktadressen: Herbert Pruner, Sachsenheimstr. 3, 6900 Bregenz, T: 05574/ 73562, E: herbert.pruner@aon.at
Dr. Maria Schimpfössl, Frutzzolen 23, 6830 Rankweil, T: 05522/43276, E: masch@cable.vol.at

Wir laden herzlich ein zu Vortrag und Diskussion mit

Hans-Henning Scharsach

über sein neues Buch

STILLE MACHTERGREIFUNG

Hofer, Strache und die Burschenschaften

Dienstag, 10. Okt. 2017, 20 Uhr, Theater KOSMOS, Bregenz

Eintritt: € 8,--/Jugendliche, Arbeitslose € 4,--/mit Kulturpass frei

Eine Kooperation von Theater KOSMOS, Verlag Kremayr & Scheriau, Arbeitsgemeinschaft Christentum u. Sozialdemokratie, Renner Institut, Grüne Bildungswerkstatt, Pensionistenverband Vorarlberg, Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter, J.-A.-Malin-Gesellschaft, Bund sozialdemokratischer Akademiker, Sozialistische Jugend

Norbert Hofers Präsidentschaftswahlkampf war ein Lehrstück einer von Burschenschaften konzipierten populistischen Kampagne. Mit eisernem Lächeln täuschte er erfolgreich über die von ihm vertretenen rechtsextremen Standpunkte hinweg. Doch das ist nur die Speerspitze einer Entwicklung, die fast unbemerkt von der österreichischen Öffentlichkeit vor sich geht: Ein kleiner, verschworener Kreis hat die FPÖ in Besitz genommen, zentrale Funktionen in Bundespartei, Parlament und Landesverbänden sind fest in den Händen von Burschenschäftlern.

Hans-Henning Scharsach untersucht die engen Verflechtungen Norbert Hofers, Heinz-Christian Straches und ihrer Weggefährten mit den Burschenschaften. Seine akribische Recherche taucht tief in deren antisemitische und nationalsozialistisch geprägte Geschichte ein. Er analysiert ihr politisches Instrumentarium, das sich mit Hasskampagnen und systematischer Verbreitung von Unwahrheiten über alle Regeln der Fairness hinwegsetzt. Anhand belegbarer Zahlen, Daten und Fakten zeigt Scharsach auf, was Österreich droht, wenn deutschnationale, schlagende Burschenschäftler an die Macht kämen.



Hans-Henning Scharsach,

langjähriger Leiter der Auslandsressorts von „Kurier“ und „News“, ist Publizist und Autor politischer Sachbücher. Der Experte für Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Neonazismus moderierte 15 Jahre die Zeitzeugengespräche zum Jahrestag des Novemberpogroms im Wiener Volkstheater. Zu seinen Büchern zählen die Bestseller „Haiders Kampf“, „Haiders Clan“, „Europas Populisten“, „Die Ärzte der Nazis“ und „Strache - Im braunen Sumpf“.